GRÜNFLÄCHE

Zeitschrift von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen

Ausgabe 2/2023

Landtagswahl 2023:

EMOTION SCHLÄGT PERSON

UNSERE NEUE FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

BDK 2023:

AUFTAKT IM EUROPAWAHLKAMPF

GRUENE-HESSEN.DE

INHALT

1 Editorial
Landtagswahl 2023

2 Emotion schlägt Person
Landtagswahl 2023

5 Unsere neue Fraktion im Landtag
Landtagswahl 2023

6 Unsere Direktmandate
Landtagswahl 2023

8 Die nächsten Schritte
Landtagswahl 2023

9 Auftakt im Europawahlkampf
BDK 2023

10 Solidarisch, laut und mutig
Frauenpolitik

11 Aus der Landtagsfraktion

IMPRESSUM

Herausgeberin: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen, Kaiser-Friedrich-Ring 77, 65185 Wiesbaden | V.i.S.d.P.: Bärbel Hartmann
Redaktion: Nicole Pink | Layout/Gestaltung: Nicole Pink | Anzeigen: Marieke Aland 06119892055
marieke.aland@gruene-hessen.de | Titelbild: Till Haupt | Druck: Dezember 2023 Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG, Kassel

Liebe Freund*innen,

wir hatten uns ein großes Ziel gesetzt bei dieser Landtagswahl und mussten am Abend des 8. Oktober 2023 feststellen, dass wir zwar unser zweitbestes Ergebnis in Hessen erzielt haben, aber nur viertstärkste Kraft im Hessischen Landtag geworden sind. Daneben gibt das Abschneiden der AfD für demokratische Parteien Anlass zur Sorge. Insgesamt ein Ergebnis, das uns sehr zu denken gibt und dessen Ursachen und Folgen uns in den nächsten Monaten noch intensiv beschäftigen werden. Eine erste Analyse von Prof. Dr. Ralf Tils findet ihr in dieser Ausgabe.

Heute möchten wir uns zunächst einmal bedanken. Bei unseren Wähler*innen, die mit uns für ein sozial-ökologisches Hessen streiten, in dem trotz der vor uns liegenden Herausforderungen niemand zurückgelassen werden soll. Wir bedanken uns bei unseren Kandidat*innen, die unermüdlich im Wahlkampf unterwegs waren, um für GRÜNE Ideen einzutreten. Wir bedanken uns bei euch allen, die gemeinsam mit uns unterwegs waren an den Ständen, im Haustürwahlkampf, bei Diskussionsveranstaltungen und Besuchen bei Firmen, Vereinen und Verbänden. Vor allem aber danken wir unserer Spitzenkandidatin Angela Dorn und unserem Ministerpräsidentenkandidaten Tarek Al-Wazir, der mit großer Sachkenntnis und Souveränität diesen Wahlkampf bestritten hat, für ihren herausragenden Einsatz. Nicht zuletzt danken wir unserem Team in der Landesgeschäftsstelle, das Hand in Hand daran gearbeitet hat, eine solche Vielzahl an Veranstaltungen und Aktionen möglich zu machen. Ihr alle habt einen tollen Job gemacht.

Im Ergebnis ist festzustellen: Wir haben gegenüber der letzten Landtagswahl 5 Prozent verloren und mit 14,8 Prozent das zweitbeste Ergebnis erreicht, das GRÜNE in Hessen jemals erziehlt haben. Zwei Fakten, die gemischte Gefühle auslösen.

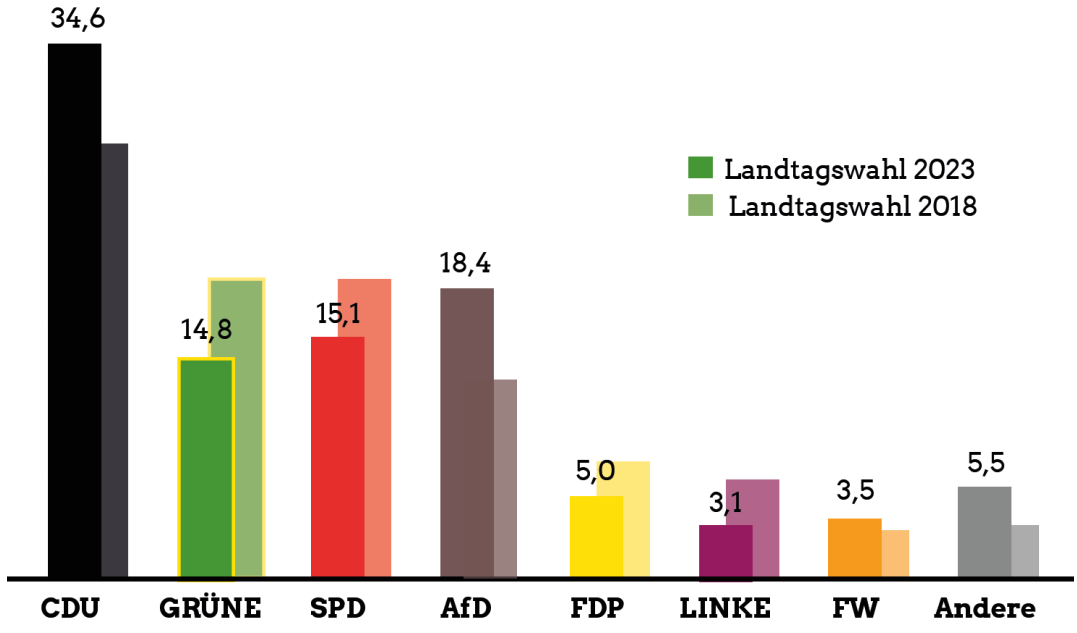
Wir haben einen der aufwendigsten und anstrengendsten Wahlkämpfe in Hessen geführt, auf den wir nochmal zurückschauen wollen, aber wir wollen auch nach vorne blicken.

Die hessische Wahlkreislandkarte hat sich stark verändert, fast alle Direktmandate sind an die CDU gegangen. Die einzigen Ausnahmen sind drei GRÜNE Wahlkreise. Herzlichen Glückwunsch an Vanessa, Marcus und Hilde.

Eure Landesvorsitzenden
Sigrid und Sebastian

Ralf Til, Agentur für Politische Strategie (APOS)

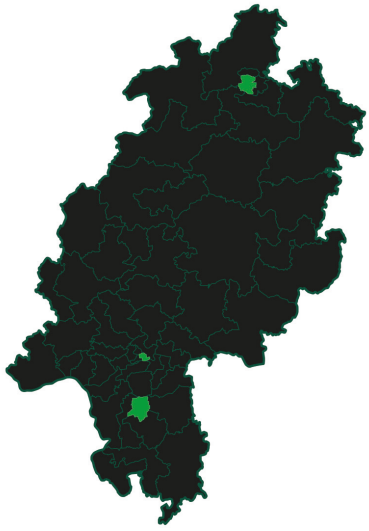
EMOTION SCHLÄGT PERSON



Die Landtagswahl in Hessen vom 8. Oktober 2023 endete für die Grünen mit einer herben Enttäuschung. Und zwar in doppelter Hinsicht. Erstens verlor die Partei mit einem Ergebnis von 14,8% ganze 5,0% Stimmenanteile gegenüber der letzten Landtagswahl 2018 und landete – hinter CDU, AfD, SPD – nur auf dem vierten Platz. Zweitens wurden die Grünen bei der anschließenden Regierungsbildung vom neuen starken Mann in Hessen, dem Ministerpräsidenten Boris Rhein, eiskalt abserviert. Er zieht ein Bündnis mit der Sozialdemokratie, die mit 15,1% ihr historisch schlechtestes Landtagswahlergebnis erzielten, einer Forstsetzung der bisherigen schwarz-grünen Regierungskoalition vor.

Die grüne Enttäuschung – trotz des zweitbesten Wahlergebnisses, das die Grünen bei Landtagswahlen in Hessen jemals erzielten – und der besonders bittere Nachgeschmack werden noch verständlicher, wenn man sich die Erwartungen vergegenwärtigt, mit denen die Grünen in den Wahlkampf gestartet waren. Erwartungen sind keine objektive Messgröße, sondern eine subjektive Gefühlslage. Und die waren, auch empirisch gestützt, hoffnungsvoll.

Mit dem Ausrufen eines Dreikampfs um die Staatskanzlei (Tarek Al-Wazir vs. Boris Rhein vs. Nancy Faeser) gelang es den Grünen bereits 2022, auf Augenhöhe mit CDU und SPD wahrgenommen zu werden. Es bestand die Chance, in einen wirklichen Wettstreit um die Pole Position im hessischen Parteiensystem eintreten zu können. Begleitet von einer guten öffentlichen Aufmerksamkeit in den Medien und darüber hinaus hat dieser Dreikampf für die Grünen funktioniert. Noch im März 2023 wirkte es so, als seien die hessischen Grünen mit demoskopischen Umfragen um 22% (alle Daten, wenn nicht anders vermerkt, Infratest dimap) auf einem guten Weg. Vieles schien in Hessen möglich. Die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung, die bereits im Frühjahr 2023 sehr ausgeprägt war (65%), wirkte noch nicht unmittelbar auf die Grünen in Hessen zurück. Selbst in der Hochphase des Wahlkampfs, von September bis Oktober 2023, lagen die hessischen Grünen in Umfragen bei der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap immer in einem Korridor zwischen 17-19%. Auch deswegen kam der Absturz auf 14,8% bei der Wahl so unerwartet.

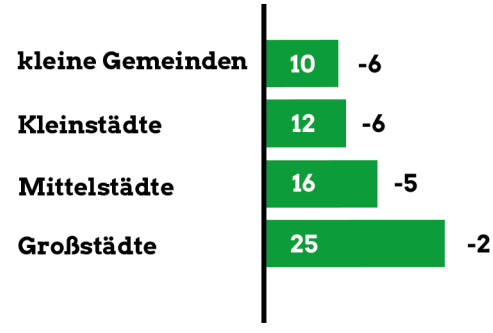


Erststimmen - Stärkste Kraft 2023.

Allerdings hatte sich über den Sommer eine zunehmend emotionale Ablehnung und Wut auf die Politik der Ampelkoalition auf Bundesebene manifestiert. Sie wurde aus dem Ärger über das sogenannte Heizungsgesetz, der sich vor allem auf die Grünen und ihren Wirtschaftsminister Robert Habeck konzentrierte, und die aktuelle Migrationspolitik der Bundesregierung gespeist. Dazu kam eine allgemein zunehmende Verunsicherung angesichts der vielfältigen Krisen in der Welt, die nicht mehr nur die anderen betrafen, sondern auch für die Menschen in Deutschland und Hessen spürbar wurden. In der Vorwahlbefragung von Infratest dimap sagten 74% der Hess*innen, dass die Verhältnisse in Deutschland Anlass zur Beunruhigung gäben. Gleichzeitig erschien diese Landtagswahl 51% der Befragten eine gute Gelegenheit, durch ihre Wahlentscheidung in Hessen der Bundesregierung einen Denkzettel für ihre Politik zu verpassen. Dieser Anteil entsprach fast genau dem Wert bei der Landtagswahl 2018 (50%). Nur andersherum. Damals konnten die Grünen in Hessen von der Anti-GroKo-Stimmung gegen die damalige Bundesregierung profitieren, diesmal traf die Wucht der Unzufriedenheit der Menschen mit der Ampelkoalition in Berlin sie selbst.

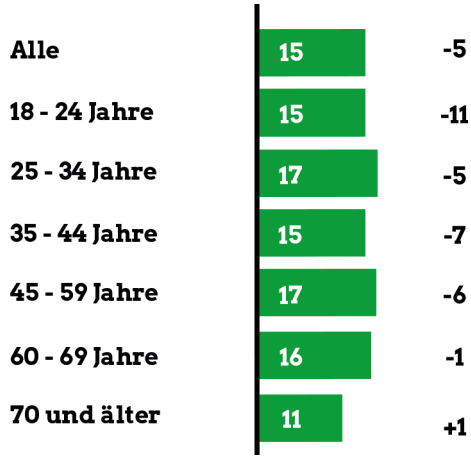
Das Ergebnis der Hessen-Wahl 2023 lässt sich gut als Resultat einer Emotionenpolitik erklären, bei der die Menschen sich für ihre Wahlentscheidung weniger an Parteibindungen oder Programmatiken als vielmehr an einem emotionalen Triggerpunkt orientieren, der dann – in einem Freund-Feind-Schema gedacht – zum ausschlaggebenden Faktor für die eigene Wahl wird. Solche Triggerpunkte können einzelne Themen, Symbole oder auch Personen sein (vgl. zu diesem Konzept Steffen Mau et al. 2023, Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartgesellschaft, Frankfurt/M.). Die Effekte einer solchen emotional getriebenen Positionszuspitzung, die als gefühlte Polarisierung erlebt wird, lassen sich für die Grünen auch daran messen, dass ihr Wähler*innenpotential – also die grundsätzliche Bereitschaft bzw. Vorstellung, bei der nächsten Wahl evtl. auch Grün zu wählen – von 50% (2021) auf 32% (2023) gesunken ist. Die grundsätzliche Neigung, vielleicht auch mal Grün zu wählen, hat bei vielen Menschen erheblich nachgelassen.

Die emotional aufgeladene Grundhaltung vieler Wähler*innen bei dieser Landtagswahl lautete überspitzt: „Ich bin wütend auf die Ampel in Berlin! Ich bin wütend auf Veränderungen! Verändert meinetwegen die Welt, aber verändert nicht mein Leben!“. Der Versuch der Grünen, diese aufschäumende Wut über bestimmte Themen (Heizungsgesetz, Migration) oder auch nur Symbole (Verbrenner-Auto) mit einer Fokussierung auf die in Hessen zur Wahl stehenden Personen (MP-Dreikampf) zu entkräften, konnte den negativen Emotionen nicht genug entgegensetzen. Die Idee hinter dem Versuch lautete: Wähle Tarek Al-Wazir, weil er der Beste ist, und denke dabei nicht



GRÜNE Stimmanteile nach Gemeindegröße im Vgl. zu 2018 (Quelle: Infratest dimap).

an Grün. Wie das Wahlergebnis zeigt, reichten die guten Persönlichkeitswerte von Tarek Al-Wazir dafür nicht aus. Das aktuelle Negativimage der Grünen war stärker als das Personenmotiv. Der Wutfaktor stärker als der Kandidat*innenfaktor. Emotion schlägt Person. Bei aller Vorsicht gegenüber hypothetischen Demoskopiefragen zeigen das auch die 27% der Nicht-Grün-Wählenden, die sagten, dass sie Tarek Al-Wazir gewählt hätten, wenn er nicht ein Grüner wäre. Die vorhandenen Emotionen geschickt auf eine CDU-Wahl kanalisiert hat der Kandidat Boris Rhein, der seine Kampagne nicht als klassischen MP-Wahlkampf, sondern konsequent als Anti-Wahlkampf gegen die Ampel („Am 8. Oktober: CDU wählen. Ampel-Regierung verhindern.“) und eine vermeintlich grüne Verbotspolitik („Auto verbieten verboten.“) anlegte.



GRÜNE Stimmanteile nach Alter im Vgl. 2018 (Quelle: Infratest dimap).

Gegen Überlegungen, die Personalisierungsstrategie der Grünen abzuschwächen, sprachen gewichtige empirische Gründe. Das jetzt anvisierte CDU-SPD-Bündnis als GroKo-Schreckgespenst an die Wand zu malen, funktioniert nicht, wenn dieses Bündnis (mindestens) genauso beliebt ist wie eine schwarz-grüne Regierungskoalition, und die eigene Anhängerschaft sich in der Koalitionsfrage als gespalten darstellt. Das Migrationsthema ins Zentrum der Auseinandersetzung zu rücken, schürt das in diesem Feld vorhandene Misstrauen der Menschen gegenüber den Grünen und treibt einen Keil in die eigene Anhängerschaft. 72% der Hess*innen wollen eine andere Asyl- und Flüchtlingspolitik, damit weniger Menschen nach Deutschland kommen. Unter den Grünen-Wählenden ist das immerhin noch knapp die Hälfte (49%). Die Landtagswahl in eine Abstimmung über unsere Demokratie zu verwandeln („Demokratie in Gefahr. Deswegen Grün wählen.“), kann in Hessen – anders als in Bayern mit CSU, AfD, FW – nicht gelingen, wenn mit der SPD und sogar der sich von Friedrich Merz und der AfD abgrenzenden Hessen-CDU relevante Alternativen bereitstehen.

Viel spricht dafür, dass eine Emotionenpolitik, die sich ihre Wege über Themen, Symbole oder Personen sucht, landes- und bundespolitische Wahlen auch zukünftig erheblich beeinflussen wird. Prinzipiell gibt es darauf aus Sicht der Grünen drei Antwortmöglichkeiten. Die erste besteht darin, sich um eine Gegenemotionalisierung zu bemühen, indem man sich der Emotionswelle selbst mit emotionalisierender Sprache und dem Schüren von konträren Triggerpunkten leidenschaftlich entgegenstemmt. Im Ergebnis bewirkt das dann allerdings eine zusätzliche Polarisierung der Auseinandersetzung. Eine zweite Reaktionsvariante liegt darin, einfach so zu tun, als gäbe es diese Emotionalität gar nicht. So eine Dethematisierungsstrategie hat es allerdings schwer, wenn die Triggerpunkte, die die Menschen aufwühlen, fortbestehen. Eine dritte Antwortmöglichkeit ist der Versuch, den Emotionen durch eine entgegenkommende inhaltliche Politik den Wind aus den Segeln zu nehmen. Diese Variante wirft aber Fragen grüner Strategiefähigkeit auf. So eine Politik kann Parteien auch innerlich zerreißen.

Eine stark ausgeprägte Emotionenpolitik zwingt den Grünen, der originären Veränderungspartei in Deutschland, sehr schwierige Entscheidungen auf. Vor allem bei einer deutlichen Mehrheit der Deutschen, die große materielle bzw. kulturelle Verlustängste hat und geringe Veränderungsbereitschaft zeigt.

UNSERE NEUE FRAKTION *IM HESSISCHEN LANDTAG*

Angela Dorn,
KV Marburg-Biedenkopf

Tarek Al-Wazir,
KV Offenbach-Stadt

Martina Feldmayer,
KV Frankfurt

Mathias Wagner,
KV Wiesbaden

Katy Walther,
KV Offenbach-Land

Jürgen Frömmrich,
KV Waldeck-Frankenberg

Kaya Kinkel,
KV Hersfeld-Rotenburg

Marcus Bocklet,
KV Frankfurt

Lara Klaes,
KV Wiesbaden

Daniel May,
KV Waldeck-Frankenberg

Miriam Dahlke,
KV Frankfurt

Felix Martin,
KV Werra-Meißner

Nina Eisenhardt,
KV Groß-Gerau

Torsten Leveringhaus,
KV Darmstadt-Dieburg

Vanessa Gronemann,
KV Kassel-Stadt

Sascha Meier,
KV Kassel-Land

Kathrin Anders,
KV Wetterau

Hans-Jürgen Müller,
KV Werra-Meißner

Julia Herz,
KV Kassel-Stadt

Christoph Sippel,
KV Schwalm-Eder

Katrin Schleenbecker,
KV Gießen

Hildegard Förster-Heldmann
KV Darmstadt

UNSERE DIREKTMANDATE

Hildegard Förster-Heldmann: Für Darmstadt im Landtag

Mit einer starken Kampagne im Rücken ging es für mich ums Direktmandat im Wahlkreis 49 in Darmstadt. Während der vergangenen Jahre war ich stets in meinem Wahlkreis unterwegs und habe Vereinssitzungen und Veranstaltungen von Organisationen und Verbänden besucht sowie mich bei den Kerbeumzügen engagiert, um den Kontakt mit den Menschen vor Ort zu knüpfen und weiter auszubauen. Wähler*innen möchten ihre Kandidatin kennenlernen und einschätzen können. Hierbei steht das persönliche Gespräch für mich immer im Vordergrund.

Stärke durch Zusammenhalt

Unser neues Format der „Event-Wahlkampfstände" mit Moderation und Musik hat die Menschen direkt angesprochen und zum Dialog ermutigt. So war ich in allen Stadtteilen des teilweise ländlich-geprägten Wahlkreises präsent und habe den Bürger*innen signalisiert: Ich suche das Gespräch und den Kontakt und verlasse mich nicht darauf, dass Menschen zu den Wahlkampfveranstaltungen gehen. Mein Ziel ist es, dass die Stadt Darmstadt mit ihren Stärken in Wissenschaft und Forschung im hessischen Landtag vertreten ist. Rückenwind haben mir auch die Besuche von Angela und Tarek gegeben. Dass wir in Darmstadt ein tolles GRÜNEN Ergebnis errungen haben und ich direkt gewählt worden bin, macht mich stolz.

Marcus Bocklet: Für Frankfurt im Landtag

Rück- und Ausblick – Licht im Grau des Wahlergebnisses

Die Landesregierung wird wohl ohne GRÜNE gebildet. Das ist bitter. Dennoch will ich meinen Stolz, meine Freude und vor allem meinen Dank teilen. Entgegen dem Landestrend von -5 Prozent, haben wir in Frankfurt Nordend, Bornheim und Ostend nahezu kein Minus. Mit 34,3 Prozent erzielten wir zudem das beste Hessenergebnis. Klar ist, einen solchen Sieg erreicht man weder über Nacht noch allein:

Auf einen langen Lauf mit über 70 Vereinsbesuchen, unzähligen Festen und Jubiläen im letzten Jahr folgte ein intensiver Wahlkampf mit den positiv verrückten STGn 3 und 4. Seit Januar arbeiteten sie mit dem Rotlintstraßenfest inkl. tausenden Besucher*innen an der quasi größten WK-Veranstaltung Hessens, steckten persönlich 9.000 Briefe und waren an Ständen, beim Frühverteilen, dem Haustür- oder Kneipenwahlkampf unterwegs. Es war großartig!

Kurzum, die Präsenz war beflügelnd. Deshalb ist das Pöbeln eines Passanten ‚Ihr blöden GRÜNEN, ihr steht ja überall herum!' für mich ein großes Kompliment- genau so, mit Erfolg. Nun gilt es, das Direktmandat klug für konstruktive Opposition zu nutzen. Wir werden CDU/SPD kritisch, konstruktiv und hochmotiviert begleiten, denn nach der Wahl ist vor der Wahl!

Vanessa Gronemann: Für Kassel im Landtag

In Kassel sind wir in beiden Wahlkreisen 3 und 4 (Julia Herz) mit der gleichen Strategie vorgegangen: Wenige, dafür aber große, Veranstaltungen und so viel Kontakt mit den Bürger*innen, wie möglich. Das direkte Gespräch war essentiell in diesem Wahlkampf. Dafür haben wir unsere personellen Ressourcen vor allem in den Haustürwahlkampf und die Infostände gesteckt. Im Ergebnis konnten wir in meinem Wahlkreis Kassel-Stadt I prozentual bei den Erststimmen zulegen, was auch auf eine große Kernwähler*innenschaft in den Stadtteilen zurückzuführen ist. Verluste mussten wir leider bei den Zweitstimmen einstecken. Eine Differenz von 3 Prozent zwischen Erst- und Zweitstimmen ist nichts, womit wir zufrieden sein können.

Wie auch in anderen Kreisverbänden, war es schwer, unsere Mitglieder für den Wahlkampf zu mobilisieren, weshalb wir umso dankbarer für alle sind, die sich engagiert haben! Dankbar sind wir auch für die Unterstützung von Tarek und Angela sowie den zahlreichen MdBs!

FROHE FESTTAGE

UND EINEN GUTEN START INS NEUE JAHR

NACH DER WAHL: WIE GEHT ES WEITER

Nach intensiven Sondierungsgesprächen mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass die CDU sich für die SPD als neuen Koalitionspartner entschieden hat. Sie hat damit eine gut und verlässlich arbeitende Koalition nach 10 Jahren beendet, ohne dass es eine Wechselstimmung vor den Wahlen gab.

Die GRÜNE Landtagsfraktion wird künftig Oppositionspartei sein und die AfD als stärkere Fraktion vor der Nase haben. Das wird für die 22 Abgeordneten der neuen Fraktion eine besondere Herausforderung, wenn die Arbeit des neu gewählten Landtags am 18. Januar 2024 beginnt.

Dankeschön an die Verstreter*innen der wahlkämpfenden Landesverbände auf der BDK in Karlsruhe.

Für uns bedeutet das eine Neuausrichtung in der Parteiarbeit. Viele unserer neuen Mitglieder kennen nur die Zeit, in der wir Regierungspartei waren und haben die Begegnungen mit unseren Minister*innen und Staatssekretär*innen geschätzt. An ihre Stelle wird ein intensiver Austausch mit den gewählten Abgeordneten in Bund, Land und auf der europäischen Ebene treten. Wir werden noch mehr Kraft in die Vernetzung der aktiven GRÜNEN in den Kommunalparlamenten und auch die Bildungsarbeit mit Blick auf die nächste Kommunalwahl intensivieren.

Dem Austausch in den LAGen, mit den kommunalen Hauptamtlichen und den Kreisvorständen und Kreisgeschäftsführungen wird mehr Bedeutung zukommen.

Das alles sind Aufgaben, die auf den am 27. Januar 2024 neu zu wählenden Landesvorstand zukommen. Die Vorbereitungen für die nächste Kommunalwahl werden eine der zentralen Aufgaben neben der Europa- und Bundestagswahl. Dazu gehört, Listen in Städten und Gemeinden anzustoßen, in denen es bisher keine GRÜNE Kommunalvertretung gibt sowie Listen und Ortsverbände beim Generationenwechsel zu unterstützen. Dabei sollte der ländliche Raum mehr in den Fokus rücken. Hier haben wir die größten Verluste bei der Landtagswahl erlitten.

Neben der Gründung neuer Ortsverbände, geht es auch darum vor Ort Präsenz zu zeigen, sei es bei der Freiwilligen Feuerwehr, der örtlichen Kirmes, den Stadtfesten oder dem Ortsverschönerungsverein.

Sigrid und Sebastian
Landesvorsitzende

Bundesdelegiertenkonferenz in Karlsruhe:

AUFTAKT IM EUROPAWAHLKAMPF

Nach einem spannenden Kopf-an-Kopf-Rennen und einem Wahlkrimi mit drei Wahlgängen steht fest: Unser langjähriger Europaabgeordneter und Votenträger der hessischen GRÜNEN, Martin Häusling (KV Schwalm-Eder), kandidiert bei der Europawahl im kommenden Jahr auf Platz sechs der GRÜNEN Liste. Die Listenaufstellung erfolgte auf der Bundesdelegierten-Konferenz in Karlsruhe Ende November.

Martins Botschaft: Ohne eine andere europäische Agrar- und Waldpolitik kein Schutz der Biodiversität und kein ausreichender Klimaschutz! Für ihn gilt: „Wir müssen für eine Landwirtschaft kämpfen, die weniger Pestizide einsetzt, die der Natur mehr Raum gibt und weniger chemischen Dünger einsetzt". Der Bio-Landwirt fordert die EU-Kommission auf, „Glyphosat muss vom Acker!" – und erhält dafür von der Versammlung tosenden Applaus.

Auch in Sachen Tierschutz will er weiter anpacken und sagt dem Missbrauch von Antibiotika in der Tierhaltung den Kampf an. Seine Antwort für eine bessere Tierschutzpolitik: weniger Tiere, mehr Platz und mehr Gemüse statt Fleisch auf dem Teller. „Nur jede dritte Kuh sieht noch eine Weide, ausgewachsene Schweine leben auf einer Fläche so groß wie ein Badetuch, 30.000 Hähnchen in einem Stall – damit muss Schluss sein", lautet sein Appell.
Nach einer starken Rede mit klaren Botschaften wurde die Abstimmung zu einem regelrechten Krimi. In den ersten beiden Wahlgängen lag Rasmus Andresen, der für Schleswig-Holstein als GRÜNER Abgeordneter im Europaparlament sitzt und ebenfalls auf Platz sechs antrat, jeweils mit wenigen Stimmen vor Martin. Den entscheidenden dritten Wahlgang konnte der 62-jährige Nordhesse mit einer hauchdünnen Mehrheit für sich entscheiden – und sicherte sich damit Platz sechs auf der Europaliste. Ein wirklich tolles Ergebnis!

Unsere Votenträgerin Leonie Völker (KV Frankfurt), die sich als Sprecherin der BAG Europa und als Delegierte in der European Green Party bereits seit vielen Jahren in der GRÜNEN Europapolitik engagiert, wird nicht auf der Europaliste vertreten sein. Sie zog im Laufe der Wahlen ihre Kandidatur zurück, als die Chancen, auf einen aussichtsreichen Listenplatz zu gelangen, schwanden. Für diese Entscheidung zollt der Landesverband ihr größten Respekt und dankt auch ihr für ihren großartigen Einsatz!

Gianina Zimmermann, frauenpolitische Sprecherin:

FRAUENPOLITIK: SOLIDARISCH, LAUT UND MUTIG

Wir leben in einer unglaublich verrückten Zeit. Der Blick auf das Welt- und Europageschehen lässt unsere Gefühle Achterbahn fahren: Trauer und Wut, Solidarität und Hilfsbereitschaft. Mut.

Mut, gegen Antifeminismus und Unterdrückung von Frauenrechten zu kämpfen, zu jeder Zeit und an jedem Ort der Welt.
Mut zu grenzenloser feministischer Solidarität für eine geschlechtergerechtere Welt und als Kontinuum gegen patriarchale Gewalt an Frauen.
Mut, solidarisch zusammenzustehen, sichtbar und laut, verbunden über Grenzen hinweg.

Frauen*räume - Orte der Vernetzung, des Austausches und der Selbstentfaltung

Bei den Netzwerken geht es uns nicht nur darum, Frauen* miteinander zu verbinden. Es geht darum, Menschen mit Menschen, Frauen* mit Ideen und Frauen* mit Möglichkeiten zu verbinden. Networking ist die Nummer EINS der ungeschriebenen Erfolgsregeln.

Immer auf dem neuesten Stand und mit nur wenigen Klicks entfernt: im Rocket-Chat stehen sowohl der Channel #frauen-in-hessen als auch der Channel für das jährliche Frauenmentoring unter z.B. #frauenmentoring2023 digitale Frauen*Räume zur Verfügung. Fragen, Anregungen, Ankündigungen und Unterstützung für alles, was uns bewegt - hier sind alle Frauen* richtig!

Frauen*netzwerk. Frauen*rat. Frauen*mentoring

Ein Raum, große Wirkung – dafür steht das jährliche Netzwerktreffen. Im Vordergrund steht die landesweite Vernetzung, immer gepaart mit aktuellen Themen und weitere, prominente Gäst*innen und Expert*innen. Immer dabei sind hier der Frauenrat und die Tandems des jährlichen Frauenmentorings, so auch zum Abschluss des 11. Hessischen Mentorings am 18. November 2023.

Unser Dank richtet sich nicht zuletzt an alle Mentorinnen, ohne deren Wissen, Zeit und Bereitschaft, Erfahrungen weiterzugeben, kein Mentoring der Welt funktionieren würde!

Feminismus und Frauenpolitik vor Ort und auch unsere nahtlose Vernetzung leben von unserem und von eurem Engagement - lasst uns gemeinsam eine feministische, GRÜNE Zukunft gestalten!

Frauen*räume

#frauen-in-hessen (Chat): https://chatbegruenung.de/channel/frauen-in-hessen

Frauenforum (Online-Meeting): Jeden 3. Freitag im Monat, 18:30 bis 20 Uhr

Frauen-Info (Mails): https://www.gruene-hessen.de/partei/gremien/gruener-landesfrauenrat/

#frauenmentoring2022 (Chat): https://chatbegruenung.de/channel/frauenmentoring2022

Koalitionsbruch durch die CDU:
AUF UNTERWERFUNG LÄSST SICH KEINE VERTRAUENSVOLLE ZUSAMMENARBEIT GRÜNDEN

Mit jeder Woche, die die Sondierungsgespräche über eine künftige Koalition andauerten, wurde eines immer klarer: Die CDU wollte den Koalitionsbruch. Denn wer eine erfolgreiche Zusammenarbeit fortsetzen will, braucht nicht fünf Wochen lang Gespräche mit dem bisherigen Koalitionspartner.

Yunus Malik / shutterstock.com

Die CDU wollte den Bruch und sie will eine andere Politik. Die Eckpunkte von CDU und SPD für die Koalitionsverhandlungen sind daher auch ein Unterwerfungs-Papier der SPD gegenüber der CDU. Es findet sich darin nahezu nichts, was bislang originär der SPD wichtig war. Auch aus Sicht der CDU ist es extrem kurzsichtig zu glauben, dass man auf so einer Grundlage eine vertrauensvolle Zusammenarbeit gründen kann. Ein neuer Konsens oder gesellschaftlicher Zusammenhalt kann nicht dadurch entstehen, dass einer seine Positionen einfach aufgibt.

Es geht auch inhaltlich Richtung CSU

Es soll sich jetzt also eine christlich-soziale Koalition zusammenfinden. Das klingt nicht nur nach Christlich-Soziale Union (CSU), es geht auch inhaltlich in diese Richtung. War der SPD bislang bei der Innenpolitik die Balance zwischen Gewährleistung von Sicherheit und Wahrung der Bürgerrechte wichtig, hat sie im Eckpunktepapier 1:1 alle Vorschläge der CDU übernommen. Hatte die SPD bisher beim Integrationsgesetz noch mehr Maßnahmen zur Unterstützung von Menschen mit Migrationshintergrund gefordert, ist jetzt vor allem von Integrationspflichten die Rede. Wir werden uns sehr genau anschauen, was zu diesen und anderen Themen im Koalitionsvertrag stehen wird. Die Eckpunkte jedenfalls sind stark von der Hochstimmung der CDU nach der für sie erfolgreichen Wahl geprägt. Aktuelle Stimmungen sind aber noch keine weitsichtige Politik für die nächsten fünf Jahre.

Unsere Rolle ändert sich, unsere Haltung nicht

Wir GRÜNE sind im neuen Jahr nach zehn Jahren in der Regierung wieder Opposition. Es ändert sich unsere Rolle, aber nicht unsere Haltung. Wir werden weiter mit Weitsicht in den Zielen und Augenmaß in der Umsetzung für unsere Inhalte kämpfen. Zuversicht und Konzepte bleiben unsere Alternativen zu Hass und Populismus. Wir stellen uns notwendigen Veränderungen statt die Menschen in falschen Sicherheiten zu wiegen. Denn nur, wenn sich etwas ändert, kann es in unserem Land gut bleiben oder gut werden. Wir bleiben bei unserem Anspruch, in allen Themenfeldern konkrete Lösungen für reale Probleme vorzuschlagen. Wir werden uns aber natürlich auch fragen, wie wir unsere Politik so gestalten können, dass sie die Menschen besser mitnimmt und Sorgen vor Veränderungen stärker aufgreift. In diesem Sinne: Wir können Regierung. Wir können aber auch Opposition.

WACHSTUM IN NACHHALTIG

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass GRÜNE Wirtschaftspolitik – engagiert umgesetzt wie in Hessen – sowohl aktuelle Krisen bewältigt, als auch die richtigen Weichen für eine nachhaltige Zukunft stellt. Es waren herausfordernde Jahre für Wirtschaft und Beschäftigte: Auf die Corona-Pandemie folgte die fossile Energiekrise - gleichzeitig spüren viele Unternehmen Lieferengpässe und Fachkräftemangel. Daher gelten Dank und Respekt den Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die diese Herausforderungen mit großem Engagement bewältigen.

Sozial-ökologische Transformation unterstützen

Im letzten Plenum vor der Landtagswahl wurde auch über die wirtschaftspolitischen Ideen für die Zukunft diskutiert. Das Ergebnis: Die Bereitschaft, den bevorstehenden Wirtschaftswandel zu unterstützen fällt unterschiedlich aus. Während die einen rückwärtsgewandt über die Bedeutung der Atomkraft nachdachten (CDU), sahen andere die Lösung in einem zusätzlichen Feiertag (Linke) oder der Abschaffung der beliebten Landesenergieagentur (FDP). Durch die richtigen Weichenstellungen konnten wir Insolvenzen und Jobverluste in Hessen verhindern. Jetzt gilt es, durch aktive und engagierte Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen die Unternehmen durch die sozial-ökologischen Transformation zu bringen und somit die Auswirkungen der Klimakrise zu mindern. Oft genug haben andere Parteien gezeigt, dass sie sich in Sachen Wirtschaftspolitik damit zufriedengeben, den Kopf in den Sand zu stecken. Doch die Herausforderungen werden größer, und wir können uns keine Passivität erlauben, wenn wir unsere wirtschaftliche Stärke nicht aufs Spiel setzen wollen. Viele Unternehmen brauchen einen starken Partner in der Politik, der sich dort einsetzt, wo die Unternehmen Unterstützung bei der Bewältigung von Transformation und Klimakrise brauchen.
Wir wollten dafür einen Transformationsfonds in Höhe von 6 Milliarden Euro aufsetzen und weiter an guten Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie und Förderung für Ressourceneffizienz sowie Klimatechnologien arbeiten. Auch in Sachen Fachkräftemangel wollten wir den nächsten Schritt gehen und Maßnahmen zur Sicherung von Fach- und Arbeitskräften aus der Staatskanzlei heraus ganz oben auf die Agenda bringen. Bei diesem Prozess wollten wir alle Unternehmen jeder Größe mitnehmen, und gemeinsam den Weg zu weniger Ressourcenverbrauch, widerstandsfähigen Wertschöpfungsketten und einem vollständig auf den Erneuerbaren Energien basierenden Energiesystem gehen. Dafür sind Innovationen und junge Ideen dringend notwendig, deswegen wollten wir auch in Zukunft den Start-up Standort Hessen gezielt fördern.

Eine neue Rolle

Nach der Entscheidung der CDU, die Koalition mit uns GRÜNEN nicht weiter zu führen, haben wir jetzt die Aufgabe, die neue Regierung kritisch zu begleiten und darauf zu achten, dass es im Bereich Wirtschaftspolitik trotzdem weiter in die richtige Richtung geht. Und auch aus der Opposition heraus werden wir deutlich machen, dass unsere engagierte Wirtschaftspolitik eine Politik ist, die Veränderungen gestaltet, statt verwaltet, die die richtigen Schwerpunkte setzt und die akuten Krisen meistert. Wichtigste ist: Auch während akuter Herausforderungen darf das Ziel nicht aus den Augen verloren werden, die hessische Wirtschaft klimaneutral aufzustellen und digital zu modernisieren. Wir sind gespannt, wie CDU und SPD das angehen werden. Klar ist: Digitalisierung und Transformation hin zu Klimaneutralität ist für jede Regierung unumgänglich.

10 JAHRE GRÜNE BILDUNGSPOLITIK

Wir GRÜNEN haben der Bildungspolitik in Hessen in den vergangenen Jahren eine neue Richtung gegeben und wichtige Impulse für mehr Chancengerechtigkeit gesetzt:

Mehr individuelle Förderung
Die multiprofessionelle Arbeit an Schulen haben wir massiv vorangetrieben, um eine ganzheitliche Förderung der Schüler*innen zu ermöglichen. Auf GRÜNE Initiative wurden seit 2017 über 1.100 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte geschaffen. Große oder durch Inklusion besonders herausgeforderte Grundschulen sowie alle weiterführenden Schulen mit Haupt- und/oder Realschulzweig haben inzwischen mind. eine Stelle hierfür zugewiesen bekommen. Auch die Stellen in der Schulpsychologie und der Schulgesundheitspflege haben wir erhöht bzw. erstmals überhaupt geschaffen.

Mit dem Pakt für den Ganztag zum Rechtsanspruch
Wir haben den Pakt für den Ganztag auf den Weg gebracht, um gemeinsam mit den Kommunen ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot an Grundschulen an fünf Tagen in der Woche von 7.30 bis 17.00 Uhr sicherzustellen. So stehen inzwischen rund 85.000 Ganztagsplätze zur Verfügung, die den ab 2026 geltenden Rechtsanspruch erfüllen.

Digitalisierung: Chancen nutzen
Mit dem Programm „Digitale Schule Hessen“ haben wir sowohl die technische Ausstattung der Schulen als auch die pädagogische Weiterentwicklung vorangetrieben. Durch Investitionen in Höhe von 650 Mio. Euro konnte bspw. die Gigabitanbindung von 30 auf 96 Prozent der Schulen gesteigert werden. Gleichzeitig haben wir die Fortbildungsmittel der Schulen verdoppelt.

Engagierte Lehrkräfte gewinnen und im Schulalltag entlasten
In den Mangellehrämtern für Grund- und Förderschulen wurden die Studienplatzkapazitäten um ca. 70 Prozent gesteigert. Die Anhebung der Eingangsbesoldung im Grundschullehramt auf A13 ist für uns ein wichtiges Zeichen der Anerkennung und kann ebenso helfen, mehr Fachkräfte zu gewinnen. Mit über 1.100 sozialpädagogischen Fachkräften sowie 500 Verwaltungsfachkräften können Lehrkräfte zudem entlastet werden.

Pädagogische Innovationen ermöglichen
Mit der Möglichkeit (pädagogisch) selbständige Schule zu werden, haben wir neue Freiheiten zur Weiterentwicklung von Schule geschaffen, um eigene Schwerpunkte in der Schulentwicklung zu setzen und pädagogische Innovationen wie z.B. fächerübergreifenden Unterricht oder Verzicht auf Ziffernnoten einzuführen.

Politische Bildung stärken
Weil politische Bildung an Schulen in Zeiten, in denen die Demokratie und der gesellschaftliche Zusammenhalt unter Druck stehen, wichtiger denn je ist, haben wir den „Politik und Wirtschaft“-Unterricht an weiterführenden Schulen ausgebaut, sodass dieser in allen Bildungsgängen von Klasse 5-10 durchgängig stattfindet.

Trotz dieser wichtigen Weichenstellungen, bleibt weiterhin viel zu tun. Insbesondere vor dem Hintergrund der Coronapandemie und der steigenden Zahl geflüchteter Schüler*innen sind neue Herausforderungen entstanden bzw. haben sich bestehende Herausforderungen verschärft. Deswegen ist es entscheidend, dass die kommende Landesregierung auf diese Erfolge aufgebaut und unser Schulsystem weiter zukunftssicher aufstellt. Wir werden sie hierbei kritisch aber konstruktiv begleiten.

Eine ausführlichere Bilanz über die GRÜNE Bildungspolitik der vergangenen 10 Jahre findet sich hier: https://gruenlink.de/2pyz (gruene-hessen.de)

IN KÜRZE

Rhein-Main ist World Design Capital

Turin, Seoul, Helsinki, Kapstadt, Taipei, Mexiko-Stadt, die Metropolregion Lille und Valencia – Die Liste der bisherigen Sieger der World Design Capital kann sich sehen lassen. Die Bewerbung der Region Rhein-Main mit dem Titel »Design for Democracy. Atmospheres for a better life« konnte die Jury überzeugen – die World Design Capital 2026 liegt also in Hessen! Auch das Thema könnte drängender nicht sein: Unsere Demokratie befindet sich in Gefahr – Strategien, wie wir sie erhalten können, sind gefragt. Das Land unterstützt die Bewerbung mit 6 Millionen Euro. Mit dem Titel würdigt die World Design Organization (WDO) alle zwei Jahre Städte oder Regionen für den vorbildlichen Einsatz von Design in der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Entwicklung.

GRÜNER bauen in Hessen

Fakt: Wir haben in den letzten beiden Jahren endlich wieder ein Wachstum an geförderten Wohnungen in Hessen erreicht. Während 88.000 geförderte Wohnungen in ganz Deutschland in diesem Zeitraum verloren gingen, haben wir in Hessen einen Zuwachs von über 1.800 erreicht. Das ist nach jahrelangem Minus unter den Vorgängerregierungen eine Trendwende und ein echter GRÜNER Erfolg. Doch natürlich bleiben die Herausforderungen groß. Um sie zu bewältigen, müssen die Prozesse am Bau vereinfacht und beschleunigt werden. Zu diesem Zweck wollten wir unseren erfolgreichen Maßnahmen-Mix aus Baulandaktivierung, bedarfsgerechter Anpassung der Förderkonditionen und Genehmigungsbeschleunigung weiterentwickeln. Wir werden sehen, was die neue Koalition hier vor hat und die Prozesse aus der Opposition heraus kritisch begleiten.

Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt 2.0

Wenn die Liebe des Einen, Hass bei anderen auslöst, dann ist das nicht die Schuld der Person, die liebt. Alle Menschen verdienen Respekt und Akzeptanz. Diskriminierung etwa aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität hat in Hessen keinen Platz. Wir haben 2015 dafür gesorgt, dass erstmals finanzielle Mittel für Akzeptanz und Vielfalt im Landeshaushalt verankert wurden. 2017 wurde der erste Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt (APAV) beschlossen. In einem Beteiligungsprozess wurde der APAV 2.0 erarbeitet. Er enthält 65 konkrete Maßnahmen, darunter etwa Hilfestellungen für die Polizei, um Straftaten gegen queere Menschen besser erfassen zu können. Denn nur, wenn Straftaten korrekt als Hasskriminalität erkannt werden, können sie auch zielgerichtet verfolgt werden. Während 2015 noch 150.000 Euro für gesellschaftliche Vielfalt zur Verfügung standen, haben wir die Mittel im aktuellen Doppelhaushalt auf über eine Millionen Euro pro Jahr erhöht. Solange wir Teil der Regierung waren, war Hessen somit Vorreiter für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander. Es wird sich zeigen, wie die neue Koalition sich in diesem Bereich verhält.

NOCH NÄHER DRAN MIT UNSEREN NEWSLETTERN!

Hier in der GRÜNFläche informieren wir Euch regelmäßig über die Arbeit der Landtagsfraktion. Wer noch schneller und umfassendere Informationen haben möchte, sollte unsere(n) Newsletter abonnieren.

Mehr dazu unter: gruene-hessen.de/landtag/newsletter